

»Dieses großartige Buch beschreibt wunderbar,
wie die Weltwirtschaft in Zukunft funktionieren wird.«

– GEORGE SORROS –

KAPITALISMUS 4.0

DIE GEBURTSSTUNDE EINER
NEUEN WIRTSCHAFTSORDNUNG

ANATOLE KALETSKY

FinanzBuch Verlag

© des Titels »Kapitalismus 4.0« (ISBN 978-3-89879-628-6)
2011 by FinanzBuch Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.finanzbuchverlag.de>

TEIL I

KAPITALISMUS UND EVOLUTION

KAPITEL 1

MR MICAWBER UND MAD MAX

Irgendetwas wird schon rechtzeitig auftauchen.

Mr Micawbers rührend selbstbetrügerischer Refrain
aus *David Copperfield*

Der demokratische Kapitalismus ist ein System, das auf Überleben ausgerichtet ist. Es hat sich erfolgreich an alle möglichen Schocks, technologische und wirtschaftliche Umwälzungen, an politische Revolutionen und Weltkriege angepasst. Der Kapitalismus hat all das überlebt, weil er, anders als Kommunismus, Sozialismus oder Feudalismus, eine innere Dynamik besitzt, die der eines Lebewesens ähnelt. Er kann seine Reaktion an veränderte Rahmenbedingungen anpassen und verfeinern. Und wenn das Überleben es erfordert, erzeugt das kapitalistische System eine neue Variante des Kapitalismus.

In der Panik von 2008 bis 2009 vergaßen viele Politiker, Unternehmen und Experten die erstaunliche Anpassungsfähigkeit des kapitalistischen Systems. Vorhersagen über den weltweiten Zusammenbruch basierten auf einer statischen Weltsicht, die einige Monate des zugegebenermaßen erschreckenden Finanzchaos auf undefinierbare Zeit in die Zukunft extrapolierte. Die selbstkorrigierenden Mechanismen, die Marktwirtschaften und demokratische Gesellschaften im Verlauf mehrerer Jahrhunderte entwickelt haben, waren entweder vergessen oder galten als funktionsunfähig.

Immer wieder wurden Politik und Wirtschaft in biologischen Konzepten beschrieben; selten wurden diese aber auf das Zusammenspiel zwischen Politik und Wirtschaft angewendet.¹ Die Entsprechung des demokratischen Kapitalismus zum biologischen Überlebenstrieb ist seine natürliche Fähigkeit zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und zur Er-

füllung materieller Bedürfnisse. Diese Fähigkeit geht auf das Wettbewerbsprinzip zurück, das sowohl die demokratische Politik als auch die kapitalistischen Märkte antreibt.

Da die Marktkräfte im Allgemeinen die Schaffung von Wohlstand und nicht die Wohlstandsvernichtung belohnen, lenken sie die unabhängigen Anstrengungen und Ambitionen vieler Millionen Individuen auf die Erfüllung materieller Bedürfnisse, selbst wenn diese gelegentlich unwillkommene Nebeneffekte haben. Da Wähler Politiker im Allgemeinen dafür belohnen, dass sie den Lebensstandard der Bevölkerung anheben und für mehr Sicherheit sorgen, anstatt das Dasein der Bürger unsicherer und gefährlicher zu machen, lenkt der demokratische Wettbewerb die politischen Institutionen auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme, und nicht auf ihre Verschärfung – selbst wenn die Lösungen gelegentlich neue Probleme aufwerfen. Der politische Wettbewerb ist langsamer und entscheidungsschwächer als der Marktwettbewerb. Seine selbststabilisierenden Qualitäten machen sich daher nicht nach Monaten oder Jahren, sondern erst im Verlauf von Jahrzehnten oder sogar mehreren Generationen bemerkbar. Unabhängig von den Unterschieden im zeitlichen Verlauf, haben Kapitalismus und Demokratie jedoch ein zentrales Merkmal gemeinsam: Beide sind Mechanismen, die das Individuum dazu anspornen, seine Kreativität, seine Anstrengungen und seinen Wettbewerbsgeist in die Lösung von materiellen und sozialen Problemen zu kanalisieren. Und langfristig werden sich diese Mechanismen als äußerst wirksam erweisen.

Wenn wir den demokratischen Kapitalismus als erfolgreiche Problemlösungsmaschine betrachten, haben die Folgen dieser Betrachtungsweise eine hohe Relevanz für die Wirtschaftskrise von 2007 bis 2009. Sie sind der allgemeinen Sichtweise, die nach der Krise vorherrschte, aber diametral entgegengesetzt. Regierungen auf der ganzen Welt wurden verhöhnt dafür, dass sie eine Krise, die durch eine exzessive Verschuldung ausgelöst wurde, mit einer weiteren Schuldenaufnahme lösen wollten. Alan Greenspan wurde der Versuch vorgeworfen, den unvermeidlichen »Tag der Abrechnung« hinauszuögern, indem er eine ständig anwachsende Finanzblase erzeuge. Die Regulierungsbehörden wurden angegriffen, weil sie halbtote »Zombie-Banken« am Leben erhielten, anstatt ihnen den Garaus zu machen. Doch all diese Vorwürfe gehen an dem Ziel vorbei, das der demokratische Kapitalismus naturgemäß zu erreichen versucht.

In einer kapitalistischen Demokratie, deren Daseinsberechtigung in der Entwicklung neuer Lösungen für immerwährende soziale und materielle Bedürfnisse besteht, ist ein verschobenes Problem effektiv ein gelöstes Problem. Um es konkreter auszudrücken: Ein Problem, dessen Lösung lange genug hinausgeschoben werden kann, ist ein Problem, das sich wahrscheinlich irgendwann auf eine Weise lösen lässt, die wir uns heute noch nicht vorstellen können. Wenn die Selbstheilungskräfte des Kapitalismus erkannt werden, verliert der Vorwurf, wir würden »unsere Probleme auf die Generation unserer Enkelkinder verschieben« – seien es die Staatsschulden, die von den Konservativen angeprangert werden, oder die globale Erwärmung, vor der die Liberalen warnen – an moralischer Überzeugungskraft. Unsere Enkelkinder werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit viel reicher sein als wir und über leistungsfähigere Technologien verfügen. Es ist also alles andere als klar, warum wir in ihrem Namen wirtschaftliche Opfer erbringen sollten. In dem sehnächtigen Kehrreim des sprichwörtlich überoptimistischen Mr Micawber, »Irgendetwas wird schon rechtzeitig auftauchen« liegt daher eine solidere Moral und ein ausgeprägteres ökonomisches Denken, als sich die Viktorianer je hätten vorstellen können.

Eine Voraussetzung muss jedoch erfüllt sein, damit neue Lösungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte, zur Steuerung der Wirtschaft oder zur Reduzierung des globalen Schadstoffausstoßes und zur Heilung von Krankheiten »auftauchen«: Die Demokratie und der Kapitalismus müssen als Systeme überleben. Das ist der Grund, warum Opfer zum Schutz der Demokratie vor der militanten Bedrohung durch den Kommunismus, Faschismus und den religiösen Fundamentalismus rational und moralisch bewundernswert sind, und Opfer im Namen des rein wirtschaftlichen Wohlstands unserer Enkelkinder (zumindest auf gesellschaftlicher Ebene) es nicht sind.

Das Überleben des Kapitalismus hängt jedoch von mehr Faktoren ab als dem militärischen Schutz. Der moderne Kapitalismus ist ein komplexes Sozialsystem, das mit unglaublichem Erfolg Technologien, den Wohlstand der Menschen und die Lebenserwartung jeder Generation seit Ende des 18. Jahrhunderts weiterentwickelt und angehoben hat. Aber wie jedes komplexe System ist es fragil. Viele selbstorganisierende komplexe Systeme funktionieren »am Rande des Chaos«, wie es Evolutionsbio-

logen und Mathematiker nennen – das heißt, sie vollziehen einen ständigen Drahtseilakt zwischen potenziell disruptiven Kräften, die das System selbst erzeugt. Karl Marx hatte recht mit seiner Aussage, dass der Kapitalismus naturgemäß innere Widersprüche erzeugt, die unweigerlich Krisen auslösen, die sein Überleben gefährden. Was Marx und seine Anhänger jedoch übersahen, ist die Fähigkeit der Politik, vor allem der demokratischen Politik, diese Widersprüche aufzulösen, die Krisen zu bewältigen und den Kapitalismus überlebensfähig zu machen.

Was braucht der demokratische Kapitalismus folglich, um überleben zu können? Die Lektionen aus der Geschichte, der Evolutionsbiologie und dem gesunden Menschenverstand lauten, dass eine Bedingung erfüllt sein muss, damit ein komplexes System in einer unberechenbaren und sich ständig verändernden Welt überleben kann: Das System selbst muss anpassungsfähig sein; es muss über die inneren Mechanismen verfügen, sich selbst neu zu erfinden.

Mit der Krise von 2007 bis 2009 stand das System in der Geschichte des demokratischen Kapitalismus zum vierten Mal vor der Herausforderung, sich neu erfinden zu müssen. Die Frage ist, ob es sich erneut anpassen wird, wie es ihm zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in den 1930er- und 1970er-Jahren gelungen ist. Die Erfahrung lässt vermuten, dass es so kommen wird, und dass der Hauptmechanismus für sein Überleben das Micawber-Prinzip sein wird: die scheinbar leichtsinnige Annahme, dass ein Problem, das sich lange genug hinausschieben lässt, ein gelöstes Problem ist.

Die Hoffnung, es werde schon »etwas auftauchen« mag nach trügerischem Wunschdenken klingen, ist in Wirklichkeit aber nur eine Ausdehnung auf die politischen und volkswirtschaftlichen Argumente, die Adam Smith in Bezug auf die selbstorganisierende Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft vertrat. Smith zeigte, wie die »unsichtbare Hand« der Wettbewerbsmärkte die Handlungen vieler Millionen Individuen, die ihre jeweiligen Eigeninteressen verfolgen, automatisch so koordiniert, dass die Bedürfnisse aller erfüllt werden – trotz der Tatsache, dass niemand bewusst an das Allgemeinwohl denkt.

Dieselbe unsichtbare Hand lenkt die individuellen Initiativen und die individuelle Kreativität auf die Lösung kollektiver Probleme, vorausgesetzt zwei Bedingungen sind erfüllt. Erstens muss dem Prozess der spon-

tanen Selbstorganisation ausreichend Zeit gewährt werden, um sich nach jeder periodischen Kapitalismuskrise neu anpassen zu können. Zweitens müssen die richtigen Anreize gesetzt werden, damit der Unternehmenswettbewerb und die menschliche Kreativität die üblichen Probleme der Gesellschaft lösen und die individuellen materiellen Bedürfnisse erfüllen können. Wie der mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Ökonom Joseph Stiglitz wiederholt sagte, kann man sich nicht darauf verlassen, dass private Märkte automatisch »private Anreize auf die soziale Rendite«² ausrichten – und das gilt insbesondere in Zeiten dramatischer technologischer oder politischer Umwälzungen.

Denken Sie zum Beispiel an die Emission von Kohlenstoff. Die Marktanreize machen Kohle und Öl derzeit weitaus attraktiver als andere Energiequellen und schließen daher aus, dass der Privatsektor in die Entwicklung und flächendeckende Verbreitung von Solar-, Wind- und Kernenergie sowie anderer kohlenstoffarmer Energiequellen investiert. Diese Marktanreize lassen sich verändern, aber nur mittels politischer Entscheidungen. Um sie zu verändern, könnten Regierungen fossile Brennstoffe wesentlich höher besteuern oder eine Grenze der erlaubten Schadstoffemissionen verfügen, ähnlich den gesetzlichen Beschränkungen und Verbote, die sie in der Vergangenheit gegenüber dem Einsatz von gefährlichen Chemikalien wie Blei, Tabak, DDT und FCKW-haltigen Kühlschränken ausgesprochen hat, die ein »Loch« in die Ozonschicht gerissen haben.³ Wenn Regierungen zu derartigen Maßnahmen greifen würden, würden die Marktmechanismen zu einer Reduzierung der Kohlenstoffemissionen auf das gesetzlich festgelegte Höchstmaß führen, und das wahrscheinlich weitaus schneller und kostengünstiger, als sich irgendjemand vorstellen kann. Wenn die Anreize nicht über den politischen Prozess »ein Mensch – eine Stimme« verändert werden, bestehen keine Aussichten, dass private Unternehmen über den Marktmechanismus »ein Dollar – eine Stimme« spontan eine kohlenstoffarme Welt schaffen.

Einer der größten Fehler, den die Marktfundamentalisten gemacht haben, ist die Annahme, dass die Märkte stets die richtigen Anreize erzeugen, damit die Privatwirtschaft die dringendsten sozialen Probleme löst. In Wirklichkeit lassen sich viele Herausforderungen – die Massenarbeitslosigkeit in den 1930er-Jahren, die Inflation und die erbitterten Machtkämpfe gegen die einflussreichen Gewerkschaften in den 1970er-Jahren

sowie die Finanzinstabilität und der Klimawandel in der gegenwärtigen Epoche – nur lösen, wenn die Politik neue ökonomische Anreize setzt und neue Institutionen schafft, um die innovativen Problemlösungsfähigkeiten des Privatsektors zu stimulieren.

Im Rahmen ihrer Weiterentwicklung sind Gesellschaften immer wieder mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Im Verlauf der Zeit erzeugen die Reformen, die vorhergehende Generationen durchgeführt haben, Probleme für ihre Nachfolger und müssen erneut reformiert werden. Früher oder später tritt eine Krise ein, und die Notwendigkeit von Reformen wird so dringend, dass der Widerstand der konservativen Kräfte überwunden werden kann. Dieser Prozess dauert allerdings normalerweise Jahre oder sogar Jahrzehnte. Die Probleme des kapitalistischen Systems entstehen oft aus der Anpassung der Anreize und Institutionen auf veränderte soziale Bedingungen. Die US-Regierung könnte zum Beispiel die Kosten der Krankenversicherung sehr schnell senken, die bei einem vergleichbaren Versorgungsstandard fast doppelt so hoch sind wie in anderen Ländern, wenn sie beschließen würde, die Marktanreize zu verändern. Das würde aber voraussetzen, dass der mächtige Widerstand derjenigen Gruppierungen überwunden werden könnte, die vom gegenwärtigen Status quo profitieren.

Im Rahmen jeder umfassenden Transformation des modernen Kapitalismus müssen neue Institutionen geschaffen und ökonomische Anreize vor dem Hintergrund eines erbitterten Widerstands neu ausgerichtet werden. Wenn die Anforderungen zu neuen Anreizen für die bestehende wirtschaftspolitische Struktur zu hoch sind, erreicht der Kapitalismus eine evolutionäre Bruchstelle, wie es in den 1930er-Jahren, in den 1970er-Jahren und heute wieder geschehen ist. Die folgenden zwei Kapitel beschreiben ausführlich den Prozess der systematischen Anpassung. Zur Einleitung wollen wir jedoch zunächst einen kurzen Blick auf die zwei umfassenden Transformationen des Kapitalismus werfen, die im 20. Jahrhundert stattgefunden haben.

In den 1930er-Jahren wurde der demokratische Kapitalismus auf beispiellose Weise vom Kommunismus, Faschismus und der Großen Depression bedroht. Die Antwort darauf bestand in einer zuvor undenkbaren Ausweitung der Staatsausgaben, von Sozialversicherung, umverteilen der Besteuerung und Arbeitnehmerrechten. Ende der 1960er- und in den

1970er-Jahren wurden genau diese Reformen, die zur Bewältigung früherer Krisen gedient hatten, jedoch zu einer Gefahr für das System. Zu Anfang der 1980er-Jahre reagierten Margaret Thatcher und Ronald Reagan mit revolutionären Maßnahmen auf die systembedrohend hohen Inflationsraten und die Massenarbeitslosigkeit, indem sie Regierungsausgaben drastisch kürzten, die Finanzmärkte deregulierten und ökonomische Anreize am unteren und oberen Ende der Einkommensskala veränderten. Mit diesen Reformen konnten sie die Probleme der 1970er-Jahre erfolgreich lösen. Aber auch sie führten im Verlauf der Zeit zu Verzerrungen, die schließlich die beinahe tödliche Krise von 2007 bis 2009 auslösten. Diese Krise erzwingt wieder eine erneute systemische Transformation, die möglicherweise genauso radikal ausfallen muss, wie Roosevelts »New Deal« oder die Thatcher-Reagan-Revolution.

Die Transformation des Kapitalismus scheint immer dann am schwierigsten zu sein, wenn sie am dringendsten gebraucht wird – nämlich im Moment des Beinahezusammenbruchs. Die vom alten System profitierenden Interessengruppen leisten erbitterten Widerstand gegen jede Veränderung. Sie beharren auf dem Argument, dass die einzig vorstellbare Wirtschaftsstruktur jene Kapitalismusversion ist, die ihnen Reichtum und Macht verliehen hat, und dass jeder Versuch, das System zu ändern, zum Scheitern verurteilt ist. Sie warnen, dass es viel zu gefährlich sei, eine am Rande des Zusammenbruchs stehende Wirtschaft reformieren zu wollen. So lauteten die Argumente, die in den 1930er-Jahren gegen Roosevelts »New Deal« und den Keynesianismus angeführt wurden. Die gleichen Thesen vertraten später die Gewerkschaften und Beamten, die in den 1980er-Jahren die von Margaret Thatcher und Ronald Reagan initiierten Reformen bekämpften. Dieselben Einwände werden heute von der Bank- und Finanzlobby vertreten.

Die Lobbyisten bestimmter Interessengruppen sind nicht die Einzigen, die sich vehement dafür einsetzen, dass das sich am Rande des Zusammenbruchs befindende Modell des Kapitalismus gestützt und erhalten wird, weil es angeblich das einzig funktionsfähige ist. Die Medien, einflussreiche Wissenschaftler und das politische Establishment blasen üblicherweise ins gleiche Horn. Diese einflussreichen Meinungsbildner sind im alten System zu Macht und Einfluss gelangt. Ihr intellektueller Konservatismus ist oft tiefer und fester verankert als die pragmatischen